

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
EU und Verfassung

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.145.906

Wien, am 23. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Februar 2021 unter der Nr. **5603/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zeltlager auf den griechischen Inseln“ an mich gerichtet.

Als Bundesministerin für EU und Verfassung ist mir selbstverständlich die Einhaltung der Grundrechte ein besonderes Anliegen. Deshalb habe ich mich im Zusammenhang mit der Situation von Migrantinnen und Migranten in Griechenland bereits wiederholt mit meinen griechischen Amtskollegen und Vertretern der Europäischen Kommission ausgetauscht und dabei die Verbesserung der Situation vor Ort und die österreichischen Unterstützungsleistungen dafür erörtert. Dazu habe ich auch bereits im Rahmen von Beantwortungen parlamentarischer Anfragen Stellung genommen und darf unter anderem auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3596/J vom 30. September 2020 und auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4660/J vom 16. Dezember 2020 verweisen.

Zu den Fragen 1, 2 und 10:

1. *Hatten bzw. haben Sie mit den griechischen Behörden bzw. Ihrem griechischen Amtskollegen Gespräche über den menschenunwürdigen Zustand auf Lesbos geführt?*
 - a) *Wenn ja, mit wem genau hatten Sie Kontakt?*
 - b) *Wenn ja, wann genau?*
 - c) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gespräche gezogen?*
 - d) *Wenn nein, warum nicht?*
2. *Haben Sie bzw. die österreichische Bundesregierung sichergestellt, dass die Hilfsgüter aus Österreich in den Camps auf Lesbos angekommen sind und angewendet werden?*
 - a) *Wenn ja, wie?*
 - b) *Wenn ja, wann?*
 - c) *Wenn nein, warum nicht?*
10. *Sie sind am 11. Februar im Bundeskanzleramt mit Ihrem griechischen Amtskollegen Miltiadis Varvitsiotis zu einem Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Migration war demnach auch ein Thema über das sie sich ausgetauscht haben.*
 - a) *Haben Sie im Zuge dessen die schrecklichen Zustände in den griechischen Lagern angesprochen?*
 - b) *Haben Sie dem griechischen Amtskollegen über die große Hilfsbereitschaft unterrichtet, die es in Österreich seitens der BürgermeisterInnen, Gemeinden und Zivilgesellschaft gibt?*
 - c) *Haben Sie sich mit dem griechischen Amtskollegen über das neu geplante Lager unterhalten?*
 - d) *Wie schätzen Sie dieses Vorhaben ein?*
 - e) *Entspricht dieses geschlossene und kontrollierte Zentrum mit dem angeblich abgeschlossenen Bereich für Abzuschiebende in dieser geplanten Form dem Europarecht?*

Mein erstes bilaterales Gespräch zur Migrationssituation in Griechenland habe ich am 21. Juli 2020 in Wien mit dem stellvertretenden Minister für Migrations- und Asylpolitik, Giorgos Koumoutsakos geführt. Während der Moria-Krise im September 2020 war ich im Austausch mit meinem griechischen Amtskollegen Miltiadis Varvitsiotis. Im Dezember 2020 habe ich mich bei ihm erkundigt, wie es um die Verteilung der von Österreich übermittelten Hilfsgüter steht. Er meinte dazu, dass Griechenland dankbar für die österreichischen Hilfsgüter sei und diese ehestmöglich je nach Bedarf einsetzt bzw. einsetzen werde.

Miltiadis Varvitsiotis war außerdem am 11. Februar 2021 für ein Arbeitsgespräch mit mir zu Besuch in Wien. Dabei haben wir die Migrationssituation in Griechenland und die Notwendigkeit von raschen Fortschritten auf EU-Ebene hinsichtlich des Migrations- und Asylpakets diskutiert.

Zu den Fragen 3 bis 9:

3. Sind Ihnen Informationen bekannt, anhand welcher Indikatoren die griechischen Behörden das Zeltlager für vermeintlich winterfest erklären?
4. Die österreichische Bundesregierung hat laute eigenen Angaben „Hilfe vor Ort“ geleistet und unter anderem Zelte nach Lesbos gebracht. Was passiert nun konkret mit der „Hilfe vor Ort“, wenn dieses Lager aufgelöst werden soll?
5. Sind Ihnen Informationen über die gesundheitliche Situation der Menschen in den Camps bekannt?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn ja, mit welchen Organisationen stehen Sie hier im Austausch?
 - c) Wenn nein, warum nicht?
6. Sind Ihnen Informationen bekannt, inwieweit die griechischen Behörden eine adäquate gesundheitliche (physische und psychische) Versorgung vor Ort in den Camps zulassen?
 - a) Wenn ja, welche Informationen sind Ihnen dahingehend bekannt?
 - b) Wie kann diese gesundheitliche Versorgung sichergestellt werden?
 - c) Wenn nein, warum nicht?
 - d) Wenn nein, welche Schritte setzen Sie, um die gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten?
7. Sind Ihnen Informationen bekannt, inwieweit die griechischen Behörden eine adäquate gesundheitliche (physische und psychische) Versorgung von erkrankten Menschen und Kindern in den Camps sicherstellen?
 - a) Wenn ja, welche Informationen sind Ihnen dahingehend bekannt?
 - b) Wenn ja, welche Organisationen wird mit der gesundheitlichen Betreuung vor Ort vertraut?
 - c) Wenn nein, warum nicht?
 - d) Wenn nein, welche Schritte setzen Sie, um die gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten?
8. Sind Sie oder Mitglieder der österreichischen Bundesregierung mit Hilfsorganisationen, die auf den Inseln Lesbos oder Samos tätig sind, in einem regelmäßigen Austausch?
 - a) Wenn ja, um welche Mitglieder der Bundesregierung handelt es sich hierbei?

- b) Wenn ja, mit welchen Organisationen?*
 - c) Wenn ja, wo befinden Sich diese Organisationen?*
 - d) Wenn nein, warum nicht?*
9. *Sind Ihnen Informationen zur Planung des neu errichteten Lagers bekannt?*
- a) Wenn ja, welche?*
 - b) Wenn ja, welche EU-Gremien sind bzw. waren an der Entscheidungsfindung beteiligt?*
 - c) Wenn ja, waren Mitglieder der österreichischen Bundesregierung in diesen Gremien vertreten?*
 - i. Wenn ja, welche?*
 - ii. Wenn nein, warum nicht?*
 - d) Wenn ja, welche Institutionen bzw. Organisationen sind für die Koordination und Errichtung dieses Lagers zuständig?*
 - e) Wenn nein, warum nicht?*

Die Hilfsmaßnahmen für Griechenland werden durch das Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten organisiert und durchgeführt. Ich darf daher auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5602/J vom 24. Februar 2021 durch das Bundesministerium für Inneres verwiesen.

Zu den Fragen 11 bis 15:

11. *Sind Ihnen Informationen darüber bekannt, ob Griechenland in Bezug auf die Betreuung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln die Sphere-Standards, also Mindeststandards für humanitäre Hilfe, sicherstellt?*
- a) Wenn ja, anhand welcher Indikatoren stellen Sie die Einhaltung dieser Standards fest?*
 - b) Wenn nein, werden Sie bzw. die österreichische Bundesregierung die Einhaltung dieser Mindeststandards einfordern?*
 - i. Wenn ja, in welcher Form?*
 - ii. Wenn nein, warum nicht?*
12. *Sind Ihnen Informationen bekannt, ob Griechenland mit dieser Form der Unterbringung in den Lagern die uneingeschränkte Wahrung der Menschenwürde gewährleistet und damit die Anwendung der Artikel 1 und 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union erfüllt?*
- a) Wenn ja, anhand welcher Indikatoren können Sie festmachen, dass Griechenland die Wahrung der Menschenrechte gewährleistet?*

- b) Wenn nein, werden Sie im Namen der österreichischen Bundesregierung bei der Europäischen Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland beantragen?
- Wenn ja, wann?
 - Wenn nein, warum nicht?
13. Wie viele Personen wurden im Rahmen der Dublin-Verordnung von den anderen Mitgliedstaaten (MS) nach Österreich im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Zeitraum der Beantwortung dieser Anfrage rücküberstellt? Bitte um Auflistung nach Nationalität, Monat, rücküberstellender MS.
- Wie ist der Ist-Stand?
 - Wie viele Fälle sind verfristet?
14. Sind Ihnen Informationen über illegale Push-Backs durch EU-Mitgliedstaaten (MS) bekannt?
- Wenn ja, welche Informationen sind Ihnen bekannt?
 - Wenn ja, durch welche MS werden diese durchgeführt?
 - Wenn ja, seit wann sind Ihnen diese Informationen bekannt?
 - Wenn ja, wie viele Personen sind von diesen Pushbacks betroffen?
 - Wenn ja, wann wurden diese durchgeführt?
15. Sind Ihnen Informationen über illegale Push-Backs an der österreichischen Grenze bekannt?
- Wenn ja, welche Informationen sind Ihnen bekannt?
 - Wenn ja, seit wann sind Ihnen diese Informationen bekannt?
 - Wenn ja, wie viele Personen sind von diesen Pushbacks betroffen?
 - Wenn ja, wann wurden diese durchgeführt?
 - Wenn ja, welche Schritte haben Sie gesetzt, um diese illegalen Aktionen zu unterbinden?

Die Koordination von Europapolitik in Österreich liegt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 17/2020, in meinem Verantwortungsbereich. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den zitierten Bestimmungen nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Mag. Karoline Edtstadler

